

**Offener Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen
Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen
in der Bundesrepublik e.V. (Dachverband)**



OWUS e.V. • Weydingerstraße 14-16 • D - 10178 Berlin

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Herr Rainer Brüderle

Scharnhorststr. 34 – 37
10115 Berlin

Geschäftsstelle:
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin

Kommunikation:
Telefon 030 / 24009-563
Telefax 030 / 4216279
E-Mail kontakt@owus.de
Homepage www.owus.de

Bankverbindung:
Stadt- und Kreisspk. Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto 110 05 33 865

Vorstandsvorsitzender:
Dr. Rolf Sukowski

Geschäftsführer:
Bernd Mewes

Vereinsregistergericht:
Berlin-Charlottenburg
Vereins-Reg.-Nr. 1973 NZ

Berlin, 10. März 2010

Sehr geehrter Herr Minister Brüderle,

am 26. Februar 2010 fand in Berlin die Jahresversammlung des Offenen Wirtschaftsverbandes von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen (OWUS) Berlin-Brandenburg e.V. statt. Seit 15 Jahren wirkt unser Verband in inzwischen 8 Bundesländern unter dem Leitmotiv „**Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung**“. Die Teilnehmer beauftragten den Vorstand, in einem an Sie gerichteten Schreiben auf die besonderen Probleme der kleinsten und kleinen Unternehmen hinzuweisen. Wir werden auch der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vorschlagen, eine Anhörung zur Lage dieser Unternehmen durchzuführen.

Wir haben in den letzten Monaten die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten erlebt, diese Krise ist auch in unseren Unternehmen angekommen und wirkt immer noch. Manche unserer Mitglieder haben mit der eigenen Insolvenz bezahlen müssen. Die Presse meldete in den letzten Tagen, dass die Wirtschaft den Druck auf Bundeskanzlerin Merkel für eine große Steuerreform und die Einführung eines Krankenkasseneinheitsbeitrages verstärkt. Sehr geehrter Herr Minister, dass sind nicht die Probleme der kleinen Unternehmen in diesem Land! Diese Unternehmen sind nicht vorrangig abhängig von einer sich wieder belebenden Weltwirtschaft, sondern von einer ausreichenden Binnennachfrage. Der sich in den letzten Jahren ständig verstärkende Einbruch der Kaufkraft und damit zurückgehender Erlöse sowie steigende Außenstände durch zahlungsunfähige Kundschaft führen zu einer latenten Gefahr für unsere Mitgliedsunternehmen. 2009 sind erstmals seit 1949 die Bruttolöhne in Deutschland gesunken - um 0,4%. Das sind die Einkommen unserer Kunden. Sie brauchen nicht mehr Netto vom Brutto, sie brauchen erst mal mehr Brutto! Angekündigte Steuersenkungen wirken nur teilweise oder gar nicht. Der in den letzten Jahren propagierte und dadurch stark gewachsene Niedriglohnsektor zahlt keine direkten Steuern. Der Wirtschaftssenator von Berlin, Herr Harald Wolf, wies kürzlich darauf hin, dass die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik plus Inflationsrate notwendig sei. Er forderte erneut einen einheitlichen, existenzsichernden Mindestlohn sowie die Stärkung des Systems der Flächentarifverträge und sprach sich gegen die mittlerweile massenhaft geübte Praxis aus, durch Leiharbeit in Kombination mit Niedriglohn den festen Beschäftigungssektor auszuhöheln. Als Unternehmerverband unterstützt OWUS diese Forderungen nachdrücklich. Unser Verein gehört sicherlich zu den wenigen Wirtschaftsverbänden, die sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Bei der von uns mit getragenen Einführung muss allerdings bedacht werden, wie wirtschaftlich schwache Kleinunternehmen für eine Übergangszeit unterstützt werden können.

Mit den Konjunkturprogrammen der deutschen Bundesregierung erhielten vor allem die Verursacher dieser Krise im Bankensektor milliardenschwere „Schutzschirme“. Die KMU und ihre Beschäftigten stehen im Regen, werden abgespeist mit marginalen Steuersenkungen, die durch andere Abgaben schnell wieder kompensiert werden - und wenn es nur Zusatzbeiträge mancher Krankenkassen oder steigende Energiepreise sind. In Ihrer Grußadresse aus Anlass Ihrer Amtseinführung schrieben Sie *„Kleine und mittlere Unternehmen sorgen für die allermeisten Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland. Deshalb rücke ich den Mittelstand in den Mittelpunkt meiner Politik. Ich will die Lage des Mittelstands nachhaltig verbessern.“* Und wo bleiben in diesem Zusammenhang die kleinen Unternehmer, die mit einem hohem Grad an Selbstausbeutung teilweise ebenfalls in prekären Einkommensverhältnissen leben? Die Ursachen für die Krise sind vielfältig. Klar ist jedoch und muss immer wieder hervorgehoben werden: Die kleinen und mittleren Unternehmer stehen nicht auf der Seite der Schuldigen – sie stehen auf der Seite der unmittelbar Betroffenen, zusammen mit ihren Mitarbeitern. Die Bundesregierung hat ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz initiiert. Besonders wertvoll für uns ist die Abmilderung der Zinsschranke durch dauerhafte Einführung der höheren Freigrenze von 3 Mio. Euro, um - wörtlich in der Begründung des Gesetzentwurfes - *„kleine und mittlere Unternehmen von der Zinsabzugsbeschränkung auszunehmen und so in konjunkturell schwierigen Zeiten zu entlasten und zu stärken.“* Welche kleinen Unternehmen haben 3 Mio. Zinsen im Jahr zu zahlen? Viele wären froh, wenn sie einen Bruchteil davon als Kredit bekämen. Was bleibt also an Wachstumsbeschleunigung für die Kleinen übrig – wir haben jetzt das Wahlrecht geringwertige Wirtschaftsgüter wieder sofort abzuschreiben oder im Sammelposten über 5 Jahre. Wir benötigen Abschreibungsregeln, die tatsächlich eine Entlastung bringen und nicht solche Spielereien. Kleine Unternehmer und Existenzgründer brauchen finanzielle Entlastungen, die sie auch spüren.

Warum den ermäßigten USt-Satz für Hotels und nicht für Handwerk und Dienstleistungen generell? Mehr Reparatur und weniger Wegwerfprodukte bedeuten zusätzliche Arbeitsplätze in infrastrukturell schwachen Regionen, stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe, führen zu Materialeinsparung, Müllvermeidung und durch weniger Transport auch zu geringerem CO₂-Ausstoß. Damit würde die Bewältigung der Krise dem Klimaschutz entsprechen.

Eine weitere politische Forderung steht für uns mit im Vordergrund – die soziale Absicherung der kleinsten und kleinen Unternehmer. Für manche ist selbst die Kranken- und Pflegeversicherung schon ein unbezahlbarer Luxus, von Altersvorsorge oder Schutz bei Arbeitslosigkeit ganz zu schweigen. Der Sozialbeirat der Bundesregierung hat Ende vorigen Jahres darauf gedrungen, von Altersarmut bedrohte Selbstständige stärker in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Der Anteil der Selbstständigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1.100 EUR stieg zwischen 1995 bis 2005 auf 32%. Eine allgemeine Versicherungspflicht, bei denen diese Unternehmer über 19% ihres prekären Einkommens an die Rentenversicherung zahlen müssen, würde die Insolvenzgefahr drastisch erhöhen. Hier erwarten wir intelligentere Lösungen.

Sehr geehrter Herr Minister,
in Ihrer Grußadresse schrieben Sie *„Mit meiner Arbeit will ich alles tun, um Wohlstand und Arbeitsplätze für Deutschland zu sichern.“* Auch die kleinsten und kleinen Unternehmer in Deutschland werden Ihren Erfolg und den der gesamten Bundesregierung an dieser Aussage messen. Und das sind nach der KMU-Definition der EU-Kommission über 90% aller Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rolf Sukowski
Vorstandsvorsitzender des OWUS-Dachverbandes e.V. sowie des OWUS Berlin-Brandenburg e.V.

Nachrichtlich an Bundesminister der Finanzen, Herrn Dr. Schäuble
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen von Berlin, Herrn Wolf
Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Herrn Christoffers
Fraktionsvorsitzende der Parteien im Deutschen Bundestag